

# Amts- und Anzeigebatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

**Aboonement**  
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließlich  
des „Illustrir. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unsren Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

**Ergebnis**  
wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Insertionspreis: die  
kleinspaltige Zeile 10 Pf. Im  
amtlichen Theile die gespaltene  
Zeile 25 Pf.

Berantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

46. Jahrgang.

N 38.

Donnerstag, den 30. März

1899.

### Zwangsimmung für das Sattler-, Riemer-, Wagenbauer- und Tapezierer-Handwerk betreffend.

Von der Sattler-, Riemer-, Wagenbauer- und Tapezierer-Innung in Schwarzenberg ist beantragt worden, anzuordnen, daß innerhalb des Bezirkes der Königlichen Amtshauptmannschaft Schwarzenberg sämtliche Gewerbetreibenden, welche die oben genannten Handwerke oder eins oder mehrere derselben ausüben, der neu zu errichtenden Sattler-, Riemer-, Wagenbauer- u. Tapezierer-Innung zu Schwarzenberg angehören müssen.

Von der Kreishauptmannschaft Zwönitz mit der kommissarischen Vorbereitung deren Errichtung beauftragt, mache ich hierdurch bekannt, daß die Neuerungen für oder gegen die Errichtung dieser Zwangsimmung schriftlich oder mündlich in der Zeit vom 1. bis 11. April 1899, bei mir abzugeben sind.

Die Abgabe der mündlichen Erklärung kann während des angegebenen Zeitraums werktäglich von 8 bis 12 Uhr Vormittags und 2 bis 6 Uhr Nachmittags in den Diensträumen des Stadthauses, Zimmer Nr. 2, erfolgen.

Ich fordere hierdurch alle Handwerker, welche im Bezirke der Königlichen Amtshauptmannschaft die obengenannten Handwerke oder eins oder mehrere derselben betreiben, zur Abgabe ihrer Neuerung mit dem Bemerkten auf, daß nur solche Erklärungen, welche erkennen lassen, ob der Errichtende der Errichtung der Zwangsimmung zustimmt oder nicht, gültig sind, und daß nach Ablauf des obigen Zeitpunktes eingehende Neuerungen überhaupt nicht eingehten.

Hierzu wird noch besonders darauf hingewiesen, daß auch die Mitglieder der antragstellenden Innung ihre Stimmen abzugeben haben, und daß bei Entscheidung der Frage, ob die Mehrheit der Beteiligten zustimmt, nur die innerhalb des behördlich geordneten Verfahrens und Zeitraums beim Kommissar eingegangenen Neuerungen gezählt werden und daß demnach von Erlaß der Zwangsverfügung auch dann abzusehen ist, wenn auf die kommissarische Bekanntmachung innerhalb der gestellten Frist Neuerungen Beteiligter überhaupt nicht eingehen.

Schwarzenberg, am 25. März 1899.

### Der Kommissar.

Gareis, Bürgermeister.

### Bekanntmachung.

Nach den hier bestehenden Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ist am 1. Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertage, am **Charfreitag**, an den Bußtagen und am Todtentag noch öffentliche Handel noch mehr beschränkt, als an den übrigen Festtagen. Es darf an den genannten Tagen nur der Verkauf von Brod und weißen

### Fünfzig Jahre

waren am Dienstag verflossen, wie bereits in einem Artikel unserer vorigen Nummer ausführlich erwähnt, seit die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt am M. den König von Preußen Friedrich Wilhelm IV. zum Kaiser von Deutschland proklamiert hat.

Heute, da das deutsche Kaiserreich — allerdings auf ganz anderer Grundlage errichtet — groß und geachtet dasteht, bilden jene Vorgänge, die sich an das „olle Jahr“ anschlossen, nur noch historische Erinnerungen. Friedrich Wilhelm IV. hat zwar damals die Kaiserwürde abgelehnt, woraus ihm Zeitgenossen und Historiker einen Vorwurf gemacht haben. Aber es läßt sich bestimmt sagen, daß damals das Kaiserthum mit Preußen an der Spitze doch nicht Thatsache geworden wäre. Österreich und Bayern waren entschieden dagegen. Schon das Erbkaiserthum an sich stand in Frankfurter Parlament starken Widerstand. Dafür stimmten bekanntlich 267, dagegen aber 263 Abgeordnete. Am nächsten Tage, am 28. März 1849 wurde dann der König von Preußen mit 290 Stimmen zum Kaiser gewählt. Aus dem obigen Stimmenverhältnis ist zu erschließen, wie viele Stimmen indirekt oder direkt gegen diese Wahl waren.

König Friedrich Wilhelm IV. war aber auch nicht der Mann, eine so große Sache, wie es die Einigung Deutschlands war, durchzuführen. Er wollte auch jeden Druck auf die Fürsten vermeiden, wollte diese erst hören und sich sodann entscheiden. Er trug daher am 2. April seinen Ministern die Antwort vor, die er der vom Parlament gewählten Deputation von 24 Mitgliedern zu geben beabsichtigte und die folgenden Punkte umfaßte:

1) Vor Allem sei zu erstreben, durch Berathung mit deutschen Fürsten einschließlich Österreichs der Neugestaltung Deutschlands eine sichere Grundlage zu geben, dabei zu dem von ihm beabsichtigten deutschen Bundesstaat die Zustimmung Österreichs, obgleich dasselbe daran nicht teilnehmen könne, zu erlangen und dessen Verhältniß zu dem das ganze bisherige Bundesgebiet umfassenden Staatenbunde festzustellen.

2) Die Bildung des deutschen Bundesstaates, wie sie in Frankfurt aufgefaßt ist, kann nicht gelingen, wenn sich ihr die deutschen Könige entziehen. Sollten sich nur die Kleinstaaten dazu entschließen, so würde ein solcher Verein nicht als der angestrebte Bundesstaat betrachtet und organisiert werden können.

3) Dann gestalte sich das Verhältniß der Kleinstaaten zu Preußen wesentlich als ein Schlußverhältniß und es würde die von Camphausen zu Frankfurt in diesem Sinne eingeleitete Unterhandlung mit Nachdruck zu Ende zu führen sein.

4) Die Annahme des Kaisertitels sei unter allen Umständen unangemessen.

Am 3. April gab darauf der König der mit großer Freude und Feierlichkeit empfangenen Deputation die Tags zuvor festgesetzte Erklärung: Er erkenne in dem Beschuße der National-Versammlung die Stimme des deutschen Volkes; dieser Ruf gebe ihm

ein Anrecht, das er zu schähen wisse, aber er könne ohne das freie Einverständnis der deutschen Regierungen keinen Entschluß von solcher Bedeutung für alle deutschen Staaten fassen. An den Regierungen also werde es jetzt sein, in gemeinsamer Berathung zu prüfen, ob die Verfassung dem deutschen Volke fromme und eine kräftige Reichsregierung möglich mache!

Dies sah die Deputation als Ablehnung an. Fürst Schwarzenberg rief am 5. April die österreichischen Abgeordneten aus der Paulskirche ab; für ihn war die Nationalversammlung nicht mehr vorhanden. Zugleich verkündete er dem Reichsministerium, Kaiser Franz Joseph wiederhole seine Erklärung, daß er sich im deutschen Bunde nie einem andern Fürsten unterwerfen werde!

Der Ausgang dieser Episode ist ja nur zu bekannt. Es war — sagt Heinrich von Sybel in seiner Geschichte der Gründung des Deutschen Reiches — die Vernichtung und leider die von preußischer Hand vollzogene Vernichtung aller Hoffnungen, an welchen das Herz der Nation seit einem Jahre gehangen hatte!

Die Nationalversammlung kämpfte einen traurigen Todeskampf; endlich wurde sie in Stuttgart, wohin sie ihre Sitzungen verlegt hatte, durch ein von dem Märzminister Römer gefandtes Militär-Kommando auseinander gejagt! Jämmerlich war das Ende, aber die Sehnsucht im Herzen des Volkes nach Deutschlands Einheit blieb zurück und ohne sie wären die späteren Schritte dazu nicht so glücklich verlaufen, wie groß Bismarcks Genie auch war, wie majestätisch der siegreiche Heldenkaiser.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Gegenüber anderweitigen Meldungen, die bereits eine Theilung der Samoa-Inseln unter die drei Mächte in Aussicht stellen, erfährt die „Post“, daß die Verhandlungen sich zur Zeit im Sinne einer Beibehaltung der Samoa-Insel bewegen. Auch von anderer Seite wird bestätigt, daß die deutsche Regierung durchaus an dem Berliner Vertrage festhält. Allerdings ist im Verlaufe der Unterhandlungen mit den Ver-Staaten von Amerika und mit England von deutscher Seite unter Anderem auch die Theilung der Inseln unter die drei interessirten Mächte angeregt worden. Dieser Plan hat jedoch insbesondere bei England so wenig Anhang gefunden, daß er als ausgegeben angesehen werden darf.

— Zur Unterstützung der deutschen Ansprüche an Marokko ist der Kreuzer „Bussard“ in Tanger eingetroffen. Es handelt sich um wiederholte Beschwerden der deutschen Vertretung wegen der Überfälle auf die Überlandposten im Innern des Landes, wobei viele deutsche Briefe und, wie es heißt, auch diplomatische Schriftstücke verloren gegangen sind; auch liegen Klagen deutscher Kaufleute wegen Plündерung von Kaufläden durch Eingeborene und andere Eigentumsverletzungen vor.

— Österreich-Ungarn. Wie anscheinend halbamtlich gemeldet wird, hat das Kabinett Thun seine Absicht, die Sprachen-

frage in Böhmen mittels des Notparagraphen 14 zu regeln, infolge der schlechten Aufnahme, die dieser Plan sowohl bei den Deutschen, wie namentlich auch bei den Jungtschenen gefunden hat, vorläufig verschoben.

— Italien. Das Kriegsschiff „Stromboli“, mit dem Admiral Grenet an Bord, ist Montag von Neapel nach China abgegangen.

— England. London, 28. März. Nach einem Telegramm des Pariser Correspondenten der „Morning Post“ ist in Paris die Meldung eingetroffen, daß der britische Botschafter in St. Petersburg der russischen Regierung ernsthafte Vorschläge gemacht habe, die auf eine Theilung Chinas abzielen, und zwar hätte der englische Vertreter dem Grafen Murawiew das betreffende Programm am vorigen Freitag unterbreitet. Darin wird von England angeblich der Gedanke entwickelt, daß solange Europa unter der gemeinsamen Führung Russlands und Englands nicht eine vernünftige Lösung der chinesischen Frage herbeiführe, gedeihliche Zustände in Ostasien nicht eintreten könnten. Diese Lösung aber könne nur in der Aufteilung Chinas an die Großmächte bestehen. Könnte hierin zwischen England und Russland eine Einigung erzielt werden, so würden die übrigen Mächte mit Leidenschaft für dasselbe Ziel zu gewinnen sein und zwar am besten im Wege eines internationalen Kongresses, zu welchem außer den genannten Mächten noch Frankreich, Deutschland und Italien zusammenzutreten hätten. Graf Murawiew soll darauf geantwortet haben, er verspreche sich von einem solchen Kongreß eher eine Verschlommern als eine Verbesserung der Zustände Ostasiens. Ueberdies könne eine Entscheidung nicht über die Köpfe der anderen in China interessirten Mächte, Österreichs, Japans und der Vereinigten Staaten, getroffen werden, während wiederum die Beteiligung der beiden letzten Mächte auf einem solchen Kongreß ihnen die Thür zur Eintheilung in die Angelegenheiten Europas öffnen würde. Schließlich soll Graf Murawiew die Theilung Chinas grundsätzlich abgelehnt und erklärt haben, daß Russland sich jedem derartigen Planen mit aller Kraft widersetzen werde. Die verschiedenen nationalen Interessensphären in China werden gegenwärtig in Petersburg folgendermaßen beziffert: Russland über zwei Millionen, Frankreich eine drittel Million, Deutschland 60,104 und Italien 70,000 Quadratmeilen. (Letztere sind für Italien allerdings noch frommer Wunsch.)

### Locale und sächsische Nachrichten.

— Schönheide. Mit Schluß dieses Schuljahres feierte Herr Lehrer Ernst Ludwig Schröder sein 25jähriges Ordensjubiläum. Zu dieser Feier versammelte sich das heilige Lehrercollegium, Schüler und Schülerinnen in der oberen Schule. Herr Schuldirektor Grohmann beglückwünschte den Jubilar mit herzlichsten Worten unter Bezeichnung des Tages als einen der Freude und des Dankes. Dabei wurde dem letzteren eine Anerkennungsurkunde der Gemeinde und der Schulinspektion überreicht, woran





